



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 14. September 2023
(OR. en)

12943/23

LIMITE

COSI 149
JAIEX 54
CORDROGUE 83
CT 142
COPS 443
CRIMORG 116
IXIM 173
ENFOPOL 385
ENFOCUSTOM 100
CYBER 213
JAI 1149

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Entwurf eines Berichts an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) im Zeitraum Januar 2022 bis Juni 2023

Gemäß Artikel 71 AEUV und Artikel 6 Absatz 2 des Beschlusses 2010/131/EU des Rates zur Einsetzung des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) hält der Rat das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen des COSI auf dem Laufenden.

Die Delegationen erhalten anbei den Entwurf eines Berichts an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen des COSI im Zeitraum Januar 2022 bis Juni 2023.

Die Delegation werden gebeten, ihre schriftlichen Bemerkungen zum Berichtsentwurf bis zum 22. September 2023 an cosi.UE2023ES@reper.maec.es (mit Kopie an cosi@consilium.europa.eu) zu übermitteln.

Der Vorsitz beabsichtigt, den COSI in seiner Sitzung am 5. Oktober 2023 um Billigung zu ersuchen.

Entwurf eines Berichts an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über die Beratungen des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) im Zeitraum Januar 2022 bis Juni 2023

Inhalt

1. ZUSAMMENFASSUNG

2. AUSWIRKUNGEN VON RUSSLANDS ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE AUF DIE INNERE SICHERHEIT

1. Mobilisierung von EMPACT
2. Bedrohungsbild
3. Dialog über innere Sicherheit mit der Ukraine
4. Verhängung von Sanktionen

3. TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNGEN

1. Hochrangige Gruppe für den Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung
2. EU-Innovationszentrum für innere Sicherheit
3. Digitale Dossiers

4. BEKÄMPFUNG DER SCHWEREN UND ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

1. EMPACT
2. Drogenhandel
3. Illegaler Handel mit Kulturgütern
4. Herausforderungen für die innere Sicherheit im Zusammenhang mit Migration

5. TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

1. Bedrohungsanalysen im Bereich Terrorismusbekämpfung
2. Ausländische terroristische Kämpfer und das Schengener Informationssystem
3. Bekämpfung von Radikalisierung

6. STÄRKUNG DER VERZÄHNUNG ZWISCHEN INNERER UND ÄUßERER SICHERHEIT

1. Formalisierung der Zusammenarbeit JI/GSVP
2. Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern und internationalen Organisationen

7. KOORDINIERUNG DER JI-AGENTUREN

1. Netzwerk der JI-Agenturen
2. Individuelle Tätigkeiten der JI-Agenturen

1. ZUSAMMENFASSUNG

Der in Artikel 71 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) vorgesehene Ständige Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) wurde 2010 im Rat eingesetzt¹, um die Koordinierung operativer Maßnahmen der für innere Sicherheit zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu erleichtern, zu fördern und zu verstärken. Unter dem Dreivorsitz der Tschechischen Republik, Frankreichs und Schwedens erfüllte der COSI weiterhin sein Mandat als Überwachungs-, Beratungs- und Beschlussfassungsgremium, das sich aus hochrangigen Vertretern und Sachverständigen aus allen EU-Mitgliedstaaten, der Kommission und erforderlichenfalls dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und einschlägigen Agenturen im Bereich Justiz und Inneres (JI) zusammensetzt und Synergien zwischen Polizei, Zoll, Grenzschutz und Justizbehörden sowie anderen einschlägigen Akteuren schafft. Der COSI spielt eine wichtige Rolle an der Schnittstelle zwischen strategischer und operativer Ebene, um Kohärenz zwischen strategischen Empfehlungen und operativen Maßnahmen sicherzustellen, und trägt somit zur Umsetzung der Strategie für eine Sicherheitsunion² bei. Der COSI bereitet Fragen der inneren Sicherheit zur Prüfung durch den Rat (Justiz und Inneres) unter Berücksichtigung der Arbeit anderer Ratsstrukturen vor. Während der COSI in der Regel zweimal pro Halbjahr zu formellen Sitzungen und einmal pro Halbjahr zu einer informellen Sitzung zusammenkommt, gibt es eine COSI-Unterstützungsgruppe, die die Beratungen für den COSI vorbereitet und seine Arbeit auf fachlicher Ebene erleichtert.

¹ Dok. 16515/09.

² Dok. 10010/20.

Im Berichtszeitraum von Januar 2022 bis Juni 2023 befasste sich der COSI vorrangig mit den Auswirkungen von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine auf die innere Sicherheit. Die Arbeit an technologischen Entwicklungen, auch im Rahmen des EU-Innovationszentrums für innere Sicherheit, wurde fortgesetzt und gipfelte in der Einsetzung einer hochrangigen Gruppe für den Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung. Im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität hat der neue Zyklus 2022-2025 der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) unter der strategischen Leitung des COSI begonnen, wobei zehn EU-Prioritäten im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen von 15 operativen Aktionsplänen (OAP) angegangen werden. Im Berichtszeitraum schenkte der COSI der Bekämpfung des Handels mit illegalen Drogen besondere Aufmerksamkeit. Der COSI überwachte weiterhin die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Terrorismus, indem er auf der Grundlage der sich entwickelnden Bedrohungslage regelmäßig Empfehlungen aussprach und dem Thema Radikalisierung besondere Aufmerksamkeit zukommen ließ. Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich war die Verzahnung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, unter anderem durch gemeinsame Sitzungen mit dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK), in deren Rahmen die Aufstellung des neuen Pakts für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die zivile Mission in Moldau erörtert wurden. Schließlich hat der COSI die Tätigkeiten der JI-Agenturen und ihres Netzwerks überwacht und dabei zur Schaffung von Synergien und zur Sicherstellung der Kohärenz ihrer Arbeit beigetragen.

2. AUSWIRKUNGEN VON RUSSLANDS ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE AUF DIE INNERE SICHERHEIT

Der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine war für den COSI während des gesamten Dreivorsitzes ein zentrales Thema, da der Krieg das Potenzial hat, neue Bedrohungen für die innere Sicherheit der Union zu entfachen und bestehende zu verschärfen.

2.1 Mobilisierung von EMPACT

Im März 2022 wurden die Mitgliedstaaten gebeten, EMPACT zu mobilisieren, um die operative Zusammenarbeit bei der Abwehr der vom Krieg ausgehenden Bedrohungen zu erleichtern.

Der Vorschlag des französischen Vorsitzes und der Europäischen Kommission wurde auf der außerordentlichen Tagung des Rates vom 28. März unterstützt, auf der ein beschleunigtes Verfahren eingeführt wurde, um die bestehenden EMPACT-OAP bei Bedarf anzupassen, das Informationsbild zu verbessern sowie die sich entwickelnde Lage und damit verbundene operative Reaktionen zu überwachen. Die von den Vorreitern der OAP vorgeschlagenen und vom COSI vereinbarten Änderungen umfassten die Schaffung neuer operativer Maßnahmen in Bezug auf Menschenhandel, kriminelle Netzwerke mit hohem Risiko, synthetische Drogen und Finanzkriminalität, Geldwäsche sowie Vermögensabschöpfung.

2.2 Bedrohungslage

Im Verlauf des Krieges wurde der COSI regelmäßig über die sich entwickelnde Bedrohungslage unterrichtet. Im April 2022 skizzierten Europol und Frontex die wichtigsten Sicherheitsbedrohungen, die sich in ihrem Zuständigkeitsbereich aus dem Krieg ergeben, während der französische Vorsitz eine ergänzende globale Bewertung der kriminellen Bedrohungen im Zusammenhang mit dem Krieg vorlegte, darunter Menschenhandel, illegaler Handel mit Kulturgütern, illegaler Schusswaffenhandel, Cyberbedrohungen und die Verbreitung von Desinformation, die Reaktivierung krimineller Netzwerke, die Präsenz gewaltorientierter extremistischer ausländischer Kämpfer auf beiden Seiten des Konflikts sowie Bedrohungen an den EU-Außengrenzen. Die Mitgliedstaaten wurden dazu angehalten, alle einschlägigen Erkenntnisse weiterzugeben, damit JI-Agenturen, einschließlich Europol, Eurojust und Frontex, die Lage angemessen überwachen und bewerten können.

In der Sitzung des COSI im September 2022 nahm der Ausschuss das gemeinsame Papier des Netzwerks der JI-Agenturen über ihre Beiträge zur Solidarität der EU mit der Ukraine³ zur Kenntnis. Im Mai 2023 nahm der COSI den Bewertungsbericht von Europol zur Kenntnis, in dem eine Zunahme von Cyberangriffen und Geldwäsche infolge des Krieges beklagt wurde. Die Mitgliedstaaten äußern sich weiterhin besorgt über das mittel- und langfristige Potenzial für den illegalen Schusswaffenhandel. Daher bleibt die Überwachung operativer Veränderungen und potenzieller künftiger Risiken für den COSI eine Priorität.

2.3 Dialog über innere Sicherheit mit der Ukraine

Die Notwendigkeit eines strukturierten Dialogs mit den ukrainischen Behörden zur Intensivierung der operativen Zusammenarbeit wurde auf der informellen Tagung der Innenministerinnen und -minister im Juli 2022 angemahnt und in der informellen Sitzung des COSI unter tschechischem Vorsitz im Juli 2022 bestätigt. Als vorrangige Bereiche der Zusammenarbeit mit der Ukraine wurden der Informationsaustausch über den Betrieb des Schusswaffenkontrollsystems, die Einrichtung eines umfassenden Systems zum Schutz kritischer Infrastruktur und die Grenzsicherheit genannt.

Im November 2022 wurde der COSI im Anschluss an ein Treffen mit dem ukrainischen Innenministerium von dem EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, der Kommission, dem EAD, Europol und Frontex über die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf den Dialog über innere Sicherheit mit der Ukraine unterrichtet. Die Mitgliedstaaten begrüßten die Skizze des strukturierten Dialogs mit der Ukraine und die vom Vorsitz erstellte detaillierte Maßnahmentabelle zu den Auswirkungen des Krieges auf die innere Sicherheit als praktisches Instrument zur Erleichterung der Weiterverfolgung der Arbeitsbereiche, die für die Sitzung des COSI im Mai 2023 aktualisiert wurde.

Im Februar 2023 wurde der COSI über die potenzielle terroristische Bedrohung informiert, wobei der Schwerpunkt auf potenziellen Risiken aufgrund der Rückkehr ausländischer Freiwilliger lag. Im Mai 2023 nahm der COSI die Entwicklungen zur Kenntnis, darunter die Aufstellung einer Liste von Maßnahmen zur Bekämpfung der Abzweigung von Schusswaffen sowie anderen Kleinwaffen und leichten Waffen im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die von der Kommission und dem EAD gemeinsam ausgearbeitet wurde, einschließlich einer regelmäßigen Übermittlung von Informationen über verloren gegangene und gestohlene Schusswaffen in der Ukraine an Europol. Darüber hinaus wurde Europol Zugang zur iArms-Datenbank von Interpol gewährt, was einen großen Fortschritt darstellt.

Der COSI wird die Entwicklungen des Dialogs über innere Sicherheit mit der Ukraine und die Fortschritte bei der Umsetzung der spezifischen Maßnahmen kontinuierlich überwachen.

³ Dok. 8065/23 und 11905/1/22.

2.4 Verhängung von Sanktionen

Das Potenzial für eine Umgehung von Sanktionen durch Russland und Belarus und die Notwendigkeit, wirksame Sanktionen zu verhängen, wurden vom COSI unter tschechischem Vorsitz herausgestellt. Angesichts der unterschiedlichen Zuständigkeiten der nationalen Behörden und des Risikos einer inkohärenten Auslegung der Sanktionen gab es Bedenken, dass es zu einer uneinheitlichen Durchsetzung der Sanktionen in den Mitgliedstaaten kommen könnte. Der COSI begrüßte den Vorschlag der Kommission, den Verstoß gegen Sanktionen in die Liste der EU-Straftatbestände gemäß Artikel 83 AEUV aufzunehmen⁴.

Der COSI begrüßte den Beitrag von Europol in Form der Operation OSCAR (mit Unterstützung der EMPACT-Gemeinschaft durch eine operative Maßnahme des OAP Finanzkriminalität, Geldwäsche und Vermögensabschöpfung), mit der Finanzermittlungen der Mitgliedstaaten unterstützt werden, die auf kriminell erworbene Vermögenswerte im Besitz natürlicher und juristischer Personen abzielen, gegen die im Zusammenhang mit der russischen Invasion in die Ukraine Sanktionen verhängt wurden. Der COSI erörterte ferner das Potenzial von Europol, zu einer Analyse von Trends und Mustern bei der Umgehung von Sanktionen beizutragen, einschließlich eines Informationsaustauschs mit dem Privatsektor. Die Mitgliedstaaten äußerten sich dahin gehend, dass eine Aufstellung der verschiedenen Initiativen/Foren/Sitzungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Sanktionen auf EU-Ebene, einschließlich der Einrichtung eines Kooperationsnetzwerks zwischen den zuständigen Strafverfolgungsbehörden und Justizbehörden, begrüßenswert wäre.

⁴ Dok. 9641/22.

3. TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNGEN

Die Bewältigung der Herausforderungen für die innere Sicherheit in einer Welt, die technologisch und digital abhängiger wird, ist ein übergreifendes Thema auf der Tagesordnung des COSI.

3.1 Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung

Die Aufbewahrung von und der Zugang zu einschlägigen Informationen sowie deren Analyse und Auswertung im Rahmen gesetzlich vorgeschriebener Befugnisse und unter Einhaltung der Grundrechte ist ein Kernelement der Strafverfolgungsarbeit. Dies wird durch die Ausnutzung technologischer Entwicklungen durch Kriminelle verschärft, wie die Operationen gegen Encrochat und SkyECC deutlich gemacht haben. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass Strafrechtssysteme und Strafverfolgungsbehörden in einem digitalen Umfeld genauso auf Daten zugreifen können, wie sie es offline tun.

Während des französischen Vorsitzes organisierte das französische Innenministerium eine Veranstaltung zum Thema Datenzugang, die am 21. April 2022 in Paris stattfand (erste Ausgabe des „Forum des îles“). Ziel dieses Symposiums war es, die Frage des Datenzugangs durch Polizei- und Justizbehörden im Kontext des digitalen Wandels der Gesellschaft offen und mit allen beteiligten Interessenträgern (Polizei- und Justizbehörden, MdEP, Richter, Zivilgesellschaft, Privatsektor usw.) anzugehen. Auf dem Symposium wurde hervorgehoben, dass es für Behörden eine Herausforderung ist, Schritt zu halten und zu Online-Fragen wirksame Antworten zu geben, dass alle Interessenträger dringend mehr Rechtssicherheit und einen an die aktuellen und künftigen technologischen Entwicklungen angepassten Rahmen benötigen, dass die Analyse von Big Data auf Ebene der Mitgliedstaaten schwierig ist und dass eine gemeinsame europäische Polizeikultur entwickelt werden muss, um diese Probleme wirksam anzugehen. Die Diskussionen haben auch gezeigt, dass ein Dialog über unterschiedliche Ansätze hinweg möglich ist und dass der Schutz der Grundrechte ein gemeinsames Ziel ist. Die Teilnehmer waren sich einig, dass ein solcher informeller und offener Diskussionsrahmen von entscheidender Bedeutung ist, um das Vertrauen zwischen Interessenträgern wiederherzustellen und einen europäischen Konsens über den Zugang zu Daten zu erzielen. Aufbauend auf diesen Diskussionen organisierte der schwedische Vorsitz am 27. April 2023 in Balsta die zweite Ausgabe des informellen Forums.

Darüber hinaus stieß der schwedische Vorsitz auf der informellen Tagung der JI-Ministerinnen und -Minister vom 26. Januar 2023 eine Aussprache über die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu digitalen Daten zum Zwecke der Kriminalitätsbekämpfung an. Die Initiative „Going Dark“ zielt darauf ab, die Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, indem sie die zunehmende Herausforderung für Justiz- und Strafverfolgungsbehörden beim Zugang zu Informationen und Beweismitteln, z. B. in verschlüsselter Kommunikation, angeht, die internationale Zusammenarbeit zu verbessern, um sicherzustellen, dass ein rechtmäßiger Zugang zu Beweismitteln auch angesichts des grenzüberschreitenden Charakters digitaler Dienste möglich ist, einen klaren Rahmen für die Vorratsdatenspeicherung zu entwickeln, wirksame Instrumente und Methoden zu entwerfen, um der Flüchtigkeit elektronischer Informationen zu begegnen, und Zuständigkeitsprobleme anzugehen, die durch den Wegfall des Standorts entstehen.

Auf der informellen Tagung des JI-Rates im Januar 2023 erörterten die Ministerinnen und Minister die Notwendigkeit, ein spezielles Forum zu schaffen, das die wachsenden Herausforderungen für die Strafverfolgung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben angeht, und beauftragten den COSI, konkrete Vorschläge vorzulegen. Der schwedische Vorsitz arbeitete einen Vorschlag für die Schaffung einer hochrangigen Gruppe unter gemeinsamer Leitung des Vorsitzes und der Kommission aus, einschließlich eines Sondierungspapiers zur näheren Festlegung des Mandats dieser Gruppe⁵ für die Beratungen in der informellen Sitzung des COSI am 30./31. März. Im Anschluss an den förmlichen Beschluss der Kommission zur Einsetzung der Gruppe fand am 19. Juni 2023 die erste Plenarsitzung der Hochrangigen Gruppe für den Zugang zu Daten für die wirksame Strafverfolgung statt. Die Gruppe wird ihre Arbeit voraussichtlich bis Mitte 2024 abschließen.

3.2 EU-Innovationszentrum für innere Sicherheit

Das EU-Innovationszentrum für innere Sicherheit ist ein kollaboratives Netzwerk unter der strategischen Leitung des COSI, das daran arbeitet, Innovationsinitiativen zwischen JI-Agenturen zu koordinieren und wirksame Lösungen zur Unterstützung der Arbeit von Akteuren im Bereich der inneren Sicherheit in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu verbreiten. Seit seiner Gründung hat der COSI die Fortschritte des Zentrums überwacht, ist regelmäßig von den Ko-Vorsitzenden der Lenkungsgruppe des Zentrums und den an seinen Tätigkeiten beteiligten JI-Agenturen unterrichtet worden und hat den Mitgliedstaaten als Forum für den Austausch ihrer Ideen bezüglich des Zentrums gedient.

⁵ Dok. 8281/23.

Im September 2022 stellten die Ko-Vorsitzenden der Lenkungsgruppe des Zentrums den Jahresbericht 2021 vor, in dem die Erfolge bei Prioritäten des COSI wie etwa Darknet-Überwachung, künstliche Intelligenz (KI) und Verschlüsselung herausgestellt wurden. Europol stellte die Ergebnisse der Jahresveranstaltung des Zentrums 2022 vor. Eine Aufstellung des gemeinsamen Innovationsbilds des Zentrums wurde dem COSI in seiner Sitzung im November 2022 vorgestellt.

Im Februar 2023 nahm der COSI den Jahresbericht 2022 und die Mehrjahresplanung der Tätigkeiten des Innovationszentrums 2023-2026 zur Kenntnis und bestätigte die festgelegten Prioritäten. Die Kommission wurde gebeten, weitere Informationen über verfügbare EU-Mittel für Forschung und Innovation vorzulegen. Die Mitgliedstaaten wurden dazu angehalten, einschlägige Projekte unter dem Dach des Zentrums zusammenzuführen. Die JI-Agenturen wurden gebeten, in Erwägung zu ziehen, bei ihrer Haushaltsplanung im Jahr 2024 und darüber hinaus Mittel für das Zentrum vorzusehen. Im Mai 2023 billigte der COSI die neue Zusammensetzung der Lenkungsgruppe des Zentrums, in der Spanien und Ungarn gemeinsam mit der Kommission neun Monate lang aufeinanderfolgend den Vorsitz führen.

Der COSI hat immer wieder herausgestellt, wie wichtig es ist, die Mitgliedstaaten in das Zentrum einzubeziehen. Die Beiträge von Fachleuten aus den Mitgliedstaaten sind entscheidend für die erfolgreiche Festlegung von Prioritäten für das Zentrum, die Sicherstellung einer beständigeren Finanzierung seiner Tätigkeiten und die Gewährleistung personeller Ressourcen, hauptsächlich durch abgeordnetes Personal.

3.3 Digitale Dossiers

Aufgrund der zunehmenden Verbreitung digitaler Strategien über mehrere Sektoren hinweg und der potenziellen Auswirkungen, die diese auf die innere Sicherheit haben können, ist der Status mehrerer horizontaler digitaler Dossiers, über die innerhalb und außerhalb des JI-Sektors verhandelt wird, für den COSI von Interesse.

In der informellen Sitzung des COSI im Juli 2022 organisierte der tschechische Vorsitz eine Arbeitssitzung über Technologien zur Aufdeckung von neuem und bekanntem Material im Bereich sexueller Missbrauch von Kindern sowie Grooming in unverschlüsselter und verschlüsselter Kommunikation. Die Mitgliedstaaten stellten heraus, wie wichtig die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ist und dass das Online- und Offline-Umfeld miteinander verflochten sind.

In der Sitzung des COSI im November 2022 gab der tschechische Vorsitz einen detaillierten Überblick über den Stand der digitalen Dossiers. Ferner informierte der Vorsitz die Delegationen über die Ergebnisse der Konferenz des Vorsitzes über die Online-Dimension der Terrorismusbekämpfung, die am 15./16. September 2022 in Prag stattfand, und darüber, dass der Entwurf von Schlussfolgerungen zum Aktionsplan für den Europäischen Kriminaltechnischen Raum 2.0 dem Rat zur Billigung vorgelegt werden wird⁶.

Der COSI wurde unter schwedischem Vorsitz weiterhin regelmäßig über den Stand der digitalen Dossiers unterrichtet. In der Sitzung des COSI vom Februar 2023 stellte der Vorsitz heraus, dass die Mitgliedstaaten ihre Standpunkte zur inneren Sicherheit in anderen Vorbereitungsgremien des Rates konsolidieren müssen, z. B. um der Stimme der JI-Gemeinschaften bei den Beratungen über das KI-Gesetz in der Gruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ Gehör zu verschaffen, und betonte, wie wichtig es ist, Erwägungen der inneren Sicherheit besser in den allgemeinen Regelungsrahmen zu integrieren.

Die Beratungen wurden in der Sitzung des COSI im Mai 2023 mit einem Vortrag von Europol über KI aus Sicht der Strafverfolgung fortgesetzt, wobei der Schwerpunkt auf der Schaffung eines Reallabors für das Trainieren, Entwickeln und Validieren von KI-Instrumenten, den Risiken und Chancen im Zusammenhang mit der Verwendung von ChatGPT und anderen großen Sprachmodellen⁷ sowie der Einführung des Rahmens für Rechenschaftsprinzipien für KI (AP4AI)⁸ lag. Die Mitgliedstaaten befürworteten die Schaffung eines Reallabors, wiesen jedoch auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen strategischen Ansatzes in diesem Bereich hin.

⁶ Dok. 7152/23.

⁷ Dok. 8535/23.

⁸ <https://www.ap4ai.eu>.

4. BEKÄMPFUNG DER SCHWEREN UND ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

4.1 EMPACT

Die Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) befasst sich mit den wichtigsten Bedrohungen durch organisierte und schwere Kriminalität, von denen die EU betroffen ist. EMPACT stärkt die strategische und operative Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden, EU-Organen und -Einrichtungen sowie internationalen Partnern. EMPACT ist ein erkenntnisgestütztes, multidisziplinäres Instrument, das in vierjährigen Zyklen tätig ist und sich auf gemeinsame Prioritäten der EU im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung konzentriert. EMPACT entwickelt, implementiert und überwacht 15 zweijährliche operative Aktionspläne (OAP) im Einklang mit den zehn Prioritäten der EU im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung: kriminelle Netzwerke mit hohem Risiko, Cyberangriffe, Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung von Kindern, Migrantenschleusung, Drogenhandel, Betrug, Wirtschafts- und Finanzkriminalität, organisierte Eigentums kriminalität, Umweltkriminalität und illegaler Schusswaffenhandel. Die OAP werden gemäß vorab festgelegten gemeinsamen horizontalen strategischen Zielen erstellt.

2022 feierte EMPACT ihr zehnjähriges Bestehen, was der französische Vorsitz zum Anlass für ein Arbeitssessen im COSI nahm. Die Mitgliedstaaten würdigten EMPACT als effizientes und wirksames Instrument zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität. Sie lobten ihre Flexibilität und forderten weitere Anstrengungen zur Vereinfachung ihrer Methodik. Das französische EMPACT-Koordinierungsteam organisierte ein Seminar, um eine bessere Integration gemeinsamer horizontaler strategischer Ziele in die EMPACT-OAP zu erreichen. Ferner verstärkte die Europäische Kommission ihre unterstützende Rolle für EMPACT, insbesondere durch die weitere Verknüpfung der einschlägigen EU-Strategien, -Agenden oder -Aktionspläne mit EMPACT und durch die Aufstockung ihrer finanziellen Unterstützung durch den Fonds für die innere Sicherheit (ISF).

Während des tschechischen Vorsitzes wurde der EMPACT-Berichterstattungsmechanismus überarbeitet, um den mit der Berichterstattung verbundenen Verwaltungsaufwand zu verringern, die Datenerhebung zu straffen, die wichtigsten Ergebnisse zu erfassen und die jüngsten Entwicklungen wie etwa die Einsetzung der Koordinatoren für gemeinsame horizontale strategische Ziele zu berücksichtigen. Zudem wurde der Mechanismus für die Weitergabe von OAP an relevante Drittländer und Parteien überarbeitet, um dem zunehmenden Interesse von Partnern an einer Teilnahme an EMPACT Rechnung zu tragen.

Die Schlussfolgerungen des Rates zur dauerhaften Fortsetzung des EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität: EMPACT 2022 +⁹ sowie zur Festlegung der EU-Prioritäten für die Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität im EMPACT-Zyklus 2022-2025¹⁰ wurden am 9. März 2023 überarbeitet, um der Möglichkeit Rechnung zu tragen, im Falle neu auftretender Situationen/Bedrohungen (wie etwa der Krieg in der Ukraine oder COVID-19) neue operative Maßnahmen aufzunehmen und bestehende Maßnahmen zu ändern, und um die Einführung zweijährlicher OAP zu ermöglichen.

Der schwedische Vorsitz überarbeitete das EMPACT-Mandat, um den jüngsten Änderungen an EMPACT Rechnung zu tragen, wie etwa der Einführung zweijährlicher OAP ab 2024, einer gemeinsamen Kommunikationsstrategie und der Möglichkeit, OAP bei Notsituationen/Bedrohungen anzupassen, und um die Terminologie sowie die Rollen und Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure klarzustellen.¹¹

In der Sitzung des COSI im Mai 2023 thematisierte der schwedische Vorsitz die Ergebnisse der operativen EMPACT-Aktionspläne 2022.¹²

4.2 Drogenhandel

Der Drogenhandel hat schwerwiegende Auswirkungen auf die innere Sicherheit der Europäischen Union und die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger; die beteiligten kriminellen Gruppierungen haben grenzüberschreitende Strukturen in ganz Europa entwickelt, wobei sie den Seeverkehr und innovative Technologien nutzen, um illegale Drogen zu verbringen und zu vermarkten und andere Arten der Kriminalität zu schüren. Der Dreivorsitz machte den Drogenhandel zu seiner Priorität und organisierte thematische Debatten zu dem Thema.

In den Sitzungen der COSI-Unterstützungsgruppe und des COSI im Januar und Februar 2022 ging es schwerpunktmäßig um den Sachstand bezüglich des Drogenhandels in Europa. In den Beiträgen der Kommission und der JI-Agenturen wurden das laufende Projekt zur Überwachung des Darknet im Rahmen des EU-Innovationszentrums für innere Sicherheit und einschlägige Operationen wie etwa Encrochat hervorgehoben. Die Mitgliedstaaten zeigten sich besorgt über die zunehmende „Überisierung“ von Drogen und die Notwendigkeit, in dieser Hinsicht gegen Kryptowährungen vorzugehen, wobei sie die wiederkehrenden Themen im Zusammenhang mit der Strafverfolgung im digitalen Umfeld hervorhoben.

⁹ Dok. 7100/23.

¹⁰ Dok. 7101/23.

¹¹ Dok. 8975/23.

¹² https://www.consilium.europa.eu/media/65450/2023_225_empact-factsheets-2022_web-final.pdf.

Im März 2022 bekundeten die Ministerinnen und Minister ihre Bereitschaft, den Dialog mit Drittländern und regionalen Strukturen (EU-Westbalkan, EU-Lateinamerika usw.) zu verstärken, insbesondere durch die Unterstützung der Einsetzung des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (CLASI) und seiner speziellen Taskforce für Drogenbekämpfung, die sich mit der Bekämpfung des Drogenhandels befasst.

Darauf aufbauend erörterten die Delegationen im April 2022 erneut die Bekämpfung des Drogenhandels. Frontex hielt einen Vortrag über die Meeresüberwachung und die Schiffsverfolgung bei der Bekämpfung des Drogenhandels. Der französische Vorsitz befasste sich mit dem Zusammenhang zwischen dem Drogenhandel und seiner finanziellen Komponente und schlug die Einrichtung einer gemeinsamen Datenbank vor, in der die IBAN-Nummern der für kriminelle Tätigkeiten verwendeten Bankkonten erfasst werden.

Während der informellen Sitzung des COSI in Frankreich nahmen die Mitgliedstaaten an einer interaktiven operativen Debatte über die vier Hauptarbeitsbereiche im Zusammenhang mit dem Drogenhandel teil, die unter französischem Vorsitz entwickelt wurden: Handel auf dem Seeweg, Online-Handel, Beschlagnahme und Einziehung von kriminell erworbenen Vermögenswerten sowie internationale Zusammenarbeit. Unter Berücksichtigung der EU-Drogenstrategie und des Aktionsplans 2021-2025¹³ wurde im Mai 2022 der „Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels“ erstellt, der eine Tabelle mit den während des französischen Vorsitzes ermittelten Ergebnissen/operativen Maßnahmen enthält.

Die Beratungen über das Thema Drogenhandel wurden unter tschechischem Vorsitz fortgesetzt. In der Sitzung des COSI im September 2022 stellte der Vorsitzende der Horizontalen Gruppe „Drogen“ die Prioritäten des Vorsitzes vor, wobei der Schwerpunkt auf einem evidenz- und menschenrechtsbasierten Ansatz sowie auf Gesundheits- und Präventionsaspekten lag. Der COSI erörterte zwei Themen: Handel im virtuellen Umfeld und über Postpakete sowie neue Methamphetamin-Trends in Europa.

Im Mai 2023 setzte der schwedische Vorsitz die Aufdeckung des illegalen Großhandels mit Drogen und Drogenausgangsstoffen an den Ein- und Ausgangsstellen der EU auf die Tagesordnung.¹⁴ Die Beratungen betrafen die Notwendigkeit, die Bemühungen auf große wie kleine Häfen zu konzentrieren, die Präsenz krimineller Netzwerke in Häfen und die Notwendigkeit, in Häfen Beschäftigte zu überprüfen, die wachsende Bedrohung durch PIN-Code-Betrug sowie die Notwendigkeit, öffentlich-private Partnerschaften mit Hafenunternehmen zu verbessern. In dieser Sitzung begrüßte der COSI das aktualisierte Mandat der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) und die anschließende Einsetzung der Drogenagentur der Europäischen Union (EUDA).

¹³ Dok. 14178/20.

¹⁴ Dok. 8873/23.

4.3 Illegal Handel mit Kulturgütern

Der illegale Handel mit Kulturgütern stand auf der Tagesordnung des COSI, um das Bewusstsein für die organisierte Plünderung, den illegalen Handel, den Verkauf und die Zerstörung kulturellen Erbes aufgrund bewaffneter Konflikte zu schärfen und die laufende Arbeit der Kommission zu unterstützen. Die COSI-Unterstützungsgruppe befasste sich im Januar 2022 mit dem Thema, und die Mitgliedstaaten trugen zur Ausarbeitung des im Dezember 2022 veröffentlichten Europäischen Aktionsplans zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern¹⁵ durch die Kommission bei. Als Folgemaßnahme stellte das „Office Central de lutte contre le trafic des biens culturels (OCBC)“ der französischen Kriminalpolizei im Mai 2022 sein polizeiliches Register für Kulturgüter und die Niederlande ihr digitales Register vor. Der COSI bekundete breite Unterstützung für die Stärkung der Kapazität des EU-CULTNET-Netzwerks durch die Schaffung einer ständigen Kontaktstelle/Kontaktperson zur Unterstützung der Lenkung des Netzwerks und seiner Interaktion mit anderen Einrichtungen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat noch deutlicher gemacht, dass der illegale Handel mit Kulturgütern angegangen werden muss. Das Potenzial für eine beispiellose Zerstörung ukrainischer Kulturgüter und den illegalen Handel damit wurde in der informellen Sitzung des COSI unter französischem Vorsitz erörtert. In der Sitzung wurden potenzielle Notfallmaßnahmen hervorgehoben, die die Union ergreifen könnte, um dies zu verhindern, unter anderem durch die Unterstützung der „Roten Notfallliste“ (die vom Internationalen Museumsrat in Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung aufgestellt werden soll); auch die Aufnahme einer spezifischen Anordnung in die Sanktionsliste für Russland wurde in Erwägung gezogen. In diesem Zusammenhang wurden potenzielle Rollen des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern, des CULTNET-Netzwerks und verstärkter operativer Maßnahmen im Rahmen von EMPACT erörtert.

Während des tschechischen Vorsitzes wurde dem COSI die Leonardo-Datenbank zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern durch das italienische Carabinieri-Kommando für den Schutz des kulturellen Erbes vorgestellt. Unter schwedischem Vorsitz wurden im Juni 2023 Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern angenommen¹⁶, die sich auf den von der Kommission im Dezember 2022 angenommenen EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern stützten.

¹⁵ Dok. 16107/22.

¹⁶ Dok. 10249/23.

4.4 Herausforderungen für die innere Sicherheit im Zusammenhang mit Migration

Im März 2022 organisierte der französische Vorsitz ein Seminar zur externen Dimension der Migration und knüpfte damit an die anfänglichen Beratungen über die digitale Dimension der Migrantenschleusung in der Sitzung des COSI im November 2021 an. Im Mai 2022 führten die Delegationen einen Gedankenaustausch über die Überwachung operativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Migrantenschleusung.

Unter tschechischem Vorsitz unterstützte der COSI eine verstärkte Reaktion auf die Zunahme von Migrantenschleusung im Jahr 2022. Der COSI hielt fest, dass die Aufrechterhaltung eines umfassenden Informationsbilds und ein verbesserter Informationsaustausch mit relevanten Akteuren innerhalb und außerhalb der Union, die Auseinandersetzung mit der polykriminellen und digitalen Dimension der Migrantenschleusung sowie der zunehmend gewaltorientierte Charakter der Schleusernetzwerke bei der Bekämpfung der Migrantenschleusung Schlüsselemente sind. Die Ergebnisse dieser Beratungen wurden dem Rat im Dezember 2022 vorgestellt.

Im September 2022 befasste sich der COSI, verstärkt durch die Gruppe „Externe Aspekte der Asyl- und Migrationspolitik“, ganzheitlich mit den Herausforderungen im Bereich Migration und innere Sicherheit entlang der Seidenstraße. Die Mitgliedstaaten unterstrichen, dass sich die Migrationslage verändert und dass ein gutes nachrichtendienstliches Bild der Gesamtlage unerlässlich ist, wobei der Schwerpunkt auf Schleusernetzwerken liegen sollte, die Migrationsströme entlang dieser Route ausnutzen könnten. Die Mitgliedstaaten stellten heraus, dass ein umfassender Ansatz für Migration und/oder die Verhinderung einschlägiger Sicherheitsbedrohungen nicht nur eine interne, sondern auch eine externe Perspektive und eine funktionierende Beziehung zu den Ländern entlang der Route erfordert. Ferner hoben sie Herausforderungen hervor, die sich bei bestimmten Migrationsrouten stellen, insbesondere bei Migration aus Afghanistan und dem Westbalkan.

5. TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Unter dem Dreivorsitz räumte der COSI der Terrorismusbekämpfung weiterhin Priorität ein und gab der operativen Zusammenarbeit eine strategische Ausrichtung, um zur Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismus auf EU-Ebene beizutragen.

5.1 Bedrohungsanalysen im Bereich Terrorismusbekämpfung

Der COSI billigt jedes Halbjahr Empfehlungen, die sich aus der regelmäßig aktualisierten EU-Bedrohungsanalyse im Bereich Terrorismusbekämpfung ergeben, gestützt auf die von Europol und dem EU-IntCen durchgeführte Lageanalyse. Die Empfehlungen, die vom COSI im Mai 2023 gebilligt wurden, knüpfen an die früheren Erkenntnisse an, wonach das Bedrohungsniveau in der EU unverändert bleibt, und heben zugleich hervor, dass gegen gewaltorientierten Extremismus und Terrorismus in all ihren Formen vorgegangen werden muss, wobei der zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft Rechnung zu tragen ist. Die Empfehlungen beziehen sich auch auf die potenziellen mittel- und langfristigen Bedrohungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die wachsende Bedrohung durch gewaltorientierten Rechtsextremismus.

In Bezug auf gewaltorientierten Rechtsextremismus nahm der COSI in seiner Sitzung im Mai 2023 die Bestandsaufnahme der Gruppe „Terrorismus“ zur Kenntnis und billigte eine Aktualisierung der Arbeitsbereiche, um den anhaltenden Bemühungen zur Bewältigung dieser Bedrohung eine Richtschnur zu geben.

5.2 Ausländische terroristische Kämpfer und das Schengener Informationssystem (SIS)

Das SIS ist das größte Informationsaustauschsystem, das Strafverfolgungsbehörden zum Zweck der Sicherheit und des Grenzmanagements in Europa zur Verfügung steht. Unter dem vorangegangenen Dreivorsitz wurde ein Verfahren zur Evaluierung und möglichen Eingabe von Informationen von Dritten oder Mitgliedstaaten über Drittstaatsangehörige, die im Verdacht stehen, dschihadistische Terroristen (ausländische terroristische Kämpfer) zu sein, gebilligt. Dieser koordinierte Ansatz wurde nach zwei Jahren unter Berücksichtigung der gesammelten praktischen Erfahrungen überprüft, um ihn an die geänderte Europol-Verordnung und die geänderte SIS-Polizeiverordnung anzugleichen. Auf der Grundlage der in der Gruppe „Terrorismus“ geleisteten Arbeit billigte der COSI im Februar 2023 einen überarbeiteten koordinierten Ansatz.

5.3 Bekämpfung von Radikalisierung

Nachdem der Europäische Rat 2020 gefordert hatte, die Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung zu verstärken und gegen die Ideologien, die hinter Terrorismus und gewaltorientiertem Extremismus stehen, vorzugehen, wurde die Bekämpfung von Radikalisierung unter französischem Vorsitz zu einer zentralen Priorität, wobei der COSI den Mitgliedstaaten als Forum für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren in diesem Bereich diente. Die Mitgliedstaaten erörterten nationale – darunter gesetzgeberische – Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung¹⁷ und die Vorbereitungen für die Anwendung der Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte. Es wurden Bereiche hervorgehoben, in denen Verbesserungsbedarf besteht, darunter die Notwendigkeit, mehr Feldforschung zu betreiben, um die Ökosysteme der Radikalisierung besser zu verstehen und sicherzustellen, dass religiöse Erziehung und Ausbildung mit Grundrechten und europäischen Werten im Einklang stehen. Ferner wurden Schwierigkeiten bei der Identifizierung gewaltorientierter Rechtsextremisten und grenzwertiger Inhalte hervorgehoben. Mehrere den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehende Instrumente und Initiativen wurden erörtert, darunter das EU-Wissenszentrum zur Stärkung der EU-Politik zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung, die zu gewaltorientiertem Extremismus und Terrorismus führt, das derzeit von der Kommission eingerichtet wird. Die Mitgliedstaaten brachten ihre Unterstützung für die Einrichtung des EU-Wissenszentrums zum Ausdruck, das ihre operativen Erfordernisse durch Prioritätensetzung unterstützen soll.

Die Bekämpfung von Radikalisierung war auch ein wichtiges Thema in der informellen Sitzung des COSI unter französischem Vorsitz, in der die Mitgliedstaaten die Erfahrungsberichte zweier Radikalisierungsopfer und einen Vortrag über die Bekämpfung extremistischer Ökosysteme, die bei der Radikalisierung muslimischer Gemeinschaften und gewaltorientierter Rechtsextremisten eine Rolle spielen, hörten.

Der COSI überwachte auch den Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung und seine Umsetzung und billigte im Mai 2022 das vereinfachte „Verfahren für verstärkte Sicherheitskontrollen bei Personen, die die Außengrenzen der EU infolge der Ereignisse in Afghanistan überschreiten oder überschritten haben“.

¹⁷ Dok. 9997/22.

6. STÄRKUNG DER VERZAHNUNG ZWISCHEN INNERER UND ÄUßERER SICHERHEIT

In den vergangenen Jahren haben Bedrohungen für die innere Sicherheit zunehmend eine transnationale Dimension erlangt. Hybride und Cyberbedrohungen, Radikalisierung und Terrorismus, irreguläre Migration, die von kriminellen Netzwerken begünstigt wird, sowie organisierte Kriminalität stellen Bedrohungen mit eindeutiger externer Dimension dar. Daher hat der COSI über die Notwendigkeit beraten, die Verzahnung zwischen innerer und äußerer Sicherheit durch einen verstärkten Dialog mit relevanten Partnern in diesem Bereich zu fördern. Der Ausbruch eines Krieges an den Außengrenzen der EU und die möglichen Auswirkungen, die dies auf die innere Sicherheit der Union haben könnte, haben dieser Debatte im Laufe des Dreivorsitzes weitere Dringlichkeit verliehen.

6.1 Formalisierung der Zusammenarbeit JI/GSVP

Die GSVP ermöglicht es der Europäischen Union, eine führende Rolle bei Friedenssicherungseinsätzen, der Konfliktverhütung und der Stärkung der internationalen Sicherheit zu übernehmen. 2018 einigten sich die Mitgliedstaaten auf den Pakt für die zivile GSVP, mit dem die zivilen Aspekte von GSVP-Missionen hervorgehoben werden und die Kapazität der EU zur Stärkung der Polizei, der Rechtsstaatlichkeit und der Zivilverwaltung in fragilen und Konfliktsituationen durch eine bessere Zusammenarbeit mit anderen EU-Instrumenten, einschließlich JI-Akteuren, verstärkt werden sollen.¹⁸ Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der nach außen gerichteten zivilen GSVP und dem nach innen gerichteten JI-Bereich, zwei miteinander verknüpften, aber unterschiedlichen Dimensionen der Verzahnung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, ist ein grundlegender Schritt hin zu einem nachhaltigen und langfristigen Ansatz für die innere Sicherheit der Union.

Auf Ebene des COSI sowie der COSI-Unterstützungsgruppe wurde hieran gearbeitet. Im April 2022 fanden zwei informelle Sitzungen des Ausschusses für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung (CIVCOM) zusammen mit der COSI-Unterstützungsgruppe statt, um die Minikonzeptdossiers für die zivilen GSVP-Missionen im Bereich organisierte Kriminalität voranzubringen. Diese Minikonzepte bilden die Grundlage für eine umfassendere Reaktion zur Bewältigung sicherheitspolitischer Herausforderungen im Einklang mit dem Pakt für die zivile GSVP. In der Sitzung wurden Minikonzepte in Bezug auf das kulturelle Erbe, sicherheitspolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit irregulärer Migration, Cybersicherheit und Cyberkriminalität sowie Terrorismusbekämpfung und die Verhinderung von Radikalisierung und gewaltorientiertem Extremismus erörtert. Die COSI-Unterstützungsgruppe ergänzte später ein zusätzliches Minikonzept zur Unterstützung von Aufnahmestaaten bei der Bekämpfung von Umweltkriminalität und der Verringerung des ökologischen Fußabdrucks der für die innere Sicherheit zuständigen Kräfte im Rahmen der zivilen GSVP.

¹⁸ Dok. 14305/18.

Die Zusammenarbeit JI/GSVP wurde im Februar 2023 weiter verstärkt, als unter schwedischem Vorsitz erstmals seit September 2021 eine gemeinsame Sitzung des COSI und des PSK stattfand. Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Notwendigkeit einer intensiveren Zusammenarbeit JI/GSVP bei der Bewältigung von Sicherheitsbedrohungen mit interner wie externer Dimension angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Es wurden mehrere Instrumente für eine verstärkte Zusammenarbeit ermittelt, darunter die Notwendigkeit, dass die JI-Gemeinschaft im Einklang mit ihrem Mandat, ihren Ressourcen und ihren operativen Erfordernissen ihre Rolle im neuen Pakt für die zivile GSVP sowie bei der Planung und Überprüfung von GSVP-Missionen ausbaut. Anschließend wurden die Delegierten der COSI-Unterstützungsgruppe eingeladen, an Beratungen des CIVCOM über die Einsetzung einer zivilen GSVP-Mission in Moldau¹⁹ und den neuen Pakt für die zivile GSVP teilzunehmen, der im Mai 2023 vereinbart wurde, womit die Rolle von JI-Akteuren bei GSVP-Missionen gestärkt wird²⁰.

Der COSI wird regelmäßig über potenzielle Bereiche für JI-Unterstützung von GSVP-Missionen und die Arbeit dieser Missionen zur Abwehr von Bedrohungen für die innere Sicherheit unterrichtet. Zu den Missionen, die für den COSI von Interesse sind, gehören EUCAP Niger, EUAM Ukraine und die neue EUPM Moldova. GSVP-Missionen beteiligen sich an EMPACT-OAP (Menschenhandel, Migrantenschleusung, kriminelle Netzwerke mit hohem Risiko und illegaler Schusswaffenhandel). Angesichts der positiven Erfahrungen dürfte eine weitere Beteiligung von Missionen angestrebt werden.

6.2 Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern und internationalen Organisationen

Der COSI wird regelmäßig über Entwicklungen im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit und der JI-Gemeinschaft in Nicht-EU-Ländern und internationalen Organisationen sowie über die diesbezüglich laufenden Dialoge mit Ländern, Ländergruppen und Organisationen unterrichtet. Der COSI hat die Präsenz chinesischer Auslandspolizeistationen in mehreren Mitgliedstaaten, die Schlussfolgerungen der internationalen Ministerkonferenz EU-MENA vom 13./14. Februar 2023 in Lissabon²¹ und die gemeinsame Erklärung der EU und des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (CLASI) aus dem Jahr 2022²² zur Kenntnis genommen.

¹⁹ Dok. 10790/23.

²⁰ Dok. 9588/23.

²¹ Dok. 7052/23.

²² Dok. 6762/22.

Der COSI wurde regelmäßig über die Treffen hoher Beamter zwischen der Europäischen Union und Interpol (SOMEI) unterrichtet.²³ Zu den einschlägigen Themen, die bei diesen Treffen im Laufe des Dreivorsitzes behandelt wurden, gehörten der Krieg in der Ukraine, Schutzklauselverfahren bezüglich roter Ausschreibungen, der sexuelle Missbrauch von Kindern und der illegale Handel mit Kulturgütern.

7. KOORDINIERUNG DER JI-AGENTUREN

7.1 Netzwerk der JI-Agenturen (JIAN)

Jedes Jahr unterrichten die Unionsagenturen, die den Vorsitz im Netzwerk der JI-Agenturen (JIAN) innehaben, den COSI über ihre Tätigkeiten im Vorjahr und stellen ihre Prioritäten für das folgende Jahr vor. 2022 legte Frontex den Tätigkeitsbericht 2021 vor. Das zehnjährige Bestehen des JIAN wurde vom COSI zum Anlass genommen, die Arbeit des Netzwerks zu evaluieren und Empfehlungen auszusprechen. Anfang 2023 nahm der COSI den von der CEPOL vorgelegten Jahresbericht 2022 und die Prioritäten des Vorsitzes der EU-Asylagentur (EUAA) für 2023 zur Kenntnis, darunter Digitalisierung, der Grüne Deal, die Bereitstellung von Informationen in Situationen gemischter Migration, Cybersicherheit sowie Kommunikation und Förderung des JIAN.²⁴

7.2 Individuelle Tätigkeiten der JI-Agenturen

Die JI-Agenturen informierten den COSI regelmäßig über ihre jeweiligen Tätigkeiten. Zu den im COSI angesprochenen Themen gehören die Überarbeitung des Europol-Mandats, die Ergebnisse der 18. Jahrestagung des Netzwerks der gemeinsamen Ermittlungsgruppen (GEG) vom 5./6. Oktober 2022 bei Eurojust²⁵ und die Schlussfolgerungen des Treffens der Europäischen Polizeichefs vom 4./5. Oktober 2022 bei Europol. Der COSI nahm ferner Beiträge der CEPOL zur Strategischen Bewertung des Aus- und Fortbildungsbedarfs der EU (EU-STNA), mit der strategische und EU-weite Aus- und Fortbildungsprioritäten für die Strafverfolgungsgemeinschaft im Zeitraum 2022-2025 festgelegt werden sollen, sowie von Frontex über die Funktionsweise regionaler maritimer Informationszentren zur Kenntnis.

²³ Dok. 8370/23, 14860/22 und 10220/22.

²⁴ Dok. 5608/23.

²⁵ Dok. 16201/22.